

Newsletter Mai 2019 vom 7.5.2019

Kästchen 2: Was die HAFL-Studie an Erkenntnissen bringt

- Schwierigkeiten, sich an die TWI anzupassen, dürften viele Hühnerhaltungsbetriebe haben. Sofern sie, wie das üblich ist, alles Futter zukaufen und einen bodenunabhängigen Industriebetrieb auf billigem Landwirtschaftsland betreiben, werden sie keine Direktzahlungen mehr erhalten nach Annahme der TWI. Aus Sicht einer nachhaltigen Agrarpolitik ist dies allerdings wünschbar. Und bereits heute dürfte der Bund eigentlich keine industrielle, bodenunabhängige Produktion fördern, sondern müsste die Politik gemäss Verfassung und internationalen Verpflichtungen auf eine bäuerliche, bodengebundene Landwirtschaft ausrichten.
- Ebenfalls kaum TWI-kompatibel sind Hochleistungs-Milchbetriebe, die auf hohe Futtermittelkäufe angewiesen sind. Solche Betriebe sind jedoch in vielen Fällen heute schon wenig wirtschaftlich und verursachen zudem überproportionale Umweltprobleme. Würden Hochleistungsbetriebe als Folge der TWI zunehmend aus der Milchproduktion aussteigen oder diese senken, ginge für die verbleibenden, gemäss TWI-Anforderungen umweltgerecht produzierenden Milchbetriebe ein lange gehegter Traum in Erfüllung: Die Milch-Überproduktion ginge endlich zurück, und es bestünden reale Hoffnungen auf einen besseren Milchpreis. Ein Hinweis auf diese positive Perspektive fehlt bezeichnenderweise aber in der HAFL-Studie.
- Generell gehen die Tierzahlen gemäss HAFL-Studie infolge einer Annahme der TWI zurück. Damit würde die TWI ein Ziel erreichen helfen, das die Politik bisher trotz millionenschwerer Bundesprogramme bis heute nicht erreicht hat. Denn nur mit einem Rückgang der überhöhten Tierbestände in der Schweiz können die enormen Futtermittelimporte aus dem Ausland reduziert und die Ammoniakemissionen und Hofdüngerüberschüsse, die weltweit zu den höchsten gehören, auf ein gesetzeskonformes Niveau gesenkt werden.
- Eine Herausforderung ist die TWI auch für Betriebe mit Obstproduktion und einigen Spezialkulturen. Ein Teil dieser Betriebe dürfte aus dem Direktzahlungssystem aussteigen, weil sie weiterhin Pestizide einsetzen wollen. Da bei diesen Betrieben Direktzahlungen ohnehin nur wenige Prozent vom Einkommen ausmachen, sind diese Betriebe wirtschaftlich von der TWI kaum betroffen, vielmehr dürften sie alternative Wege finden, um einen möglichen Einkommensverlust zu kompensieren.
- Betriebe, die aus den Direktzahlungen aussteigen, haben gemäss HAFL-Studie praktisch keine Möglichkeit, ihre Produktion weiter zu intensivieren. Denn sie müssen weiterhin die Umweltgesetzgebung einhalten, die auch unter dem Ökologischen Leistungsnachweis bis an

die Grenze ausgereizt werden kann. Die Angst, dass aussteigende Betriebe lokal zu einer weiteren Umweltbelastung führen, ist damit kaum begründet. Vielmehr dürften auch diese Betriebe Seitens der Abnehmer mehr und mehr gezwungen werden, ihre Produktionsmethoden umweltfreundlicher zu gestalten, weil der Grenzschutz für die umweltschädigenden Produkte sonst zunehmend in Frage gestellt würde.

Ohne es vermutlich zu beabsichtigen, weist die HAFL mit ihrer Studie darauf hin, dass die TWI die Schweizer Landwirtschaft nachhaltiger und wirtschaftlicher machen dürfte.